

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veränderungen nehmen die Redaktion und für Anzeigen die Redaktion entgegen. - Erhalten monatlich 10 Pfennig. - Preis 10 Pfennig. - Druckerei: Auer Tagblatt, Leipzig Nr. 14.

Veränderungen nehmen die Redaktion und für Anzeigen die Redaktion entgegen. - Erhalten monatlich 10 Pfennig. - Preis 10 Pfennig. - Druckerei: Auer Tagblatt, Leipzig Nr. 14.

Telegraphische Anzeiger für das Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postamt-Nr. 14. 1924

Nr. 137

Sonnabend, den 14. Juni 1924

19. Jahrgang

Der Umschwung in Frankreich und wir.

Von Dr. Fritz W. d. R.

In allen Ecken und Enden der Welt lagert außen- und innenpolitischer Brandstoff in reicher Menge. Offen schlagen die Flammen auf dem alten Brandherd, dem Balkan empor, und die revolutionären Vorgänge in Albanien sind eins von den vielen Wetterzeichen aus der gewitterstürmischen Atmosphäre des nahen Ostens. Von Japan her steigt ein starker, schwebender Brandgeruch auf und verdrängt den Amerika zugekehrten Horizont. Ein Funke kann genügen, um eine Explosion im fernen Osten heraufzubeschören. Mit umso größerer Genugtuung ist es zu begrüßen, daß in dem härtesten politischen Gefahrenzentrum Europas, an der Seine, sich ein Gefühlsprozess infolieren vollzogen hat, als mit Millerand „der härteste Vertreter des alten, orientierten Gewaltregimes“ vorerst aus seiner einflussreichsten Stellung verdrängt worden ist. Es mag sein, daß nach dem Buchstaben der französischen Verfassung Millerand keinen Anlaß hatte von der Bildfläche zu verschwinden, aber der Präsident der französischen Republik hatte doch in den politischen Kämpfen der letzten Zeit so sehr das Gegenteil von der staatsmännlich klugen Zurückhaltung des deutschen Reichspräsidenten gezeigt, daß er als härtester Exponent des Poincarismus gelten mußte. Die französischen Wahlen bedeuteten deshalb ebenso das politische Todesurteil für Poincaré wie für Millerand. Wegen Europa und Deutschland davon bewahrt bleiben, daß auch nur einer von ihnen je wieder zur politischen Macht aufersteht.

Die Entfernung Millerands von der Präsidentschaft der französischen Republik und die Art, wie sie vom Amtsbüro durchgeführt wurde, ist ein offenkundiger Beweis dafür, wie ernst es der neuen französischen Kammermehrheit um eine völlige Wendung des Kurses zu tun ist. Gewiß wäre es töricht, wenn man nunmehr von heute zu morgen die ausgestreckte Bruderhand Derriots erwarten wollte, aber es wäre mehr als töricht, ja es wäre ein Verbrechen, wenn man auf unserer Seite den an der Seine langsam einsetzenden Gefühlsprozess durch eine falsche Politik stören würde. Wilhelm II. der jetzt Erinnerungen an bessere Zeiten aufleuchtet und in Utracht neue Ritterorden gründen hilft, findet bei seinen Reminiscenzen vielleicht auch ein bereits von ihm gesprochenes Wort: „Warum haben wir keinen Millerand?“ Der geschichtliche Gehalt der wilhelminischen Worte hat sich sehr oft schon bei Wilhelms monarchischen Begegnungen als drückend erwiesen: für unsere Gegenwart möchte man das angelegene Wort in das andere umkehren: „Der Himmel behüte uns davor, daß nunmehr wir einen Millerand bekommen!“ Ein deutscher Millerand würde uns noch schneller und sicherer in rettungslose politische und moralische Isolation bringen, als es Millerand in Paris mit dem französischen Volke gelungen war, das sich jetzt von ihm und aus seiner Isolation befreit hat.

„Hinter Herriot steht der Marshall Foch!“ sagte Graf Reventlow im Reichstag. Nein, hinter Herriot steht der Wille des französischen Volkes zu ruhigen und wirtschaftlich erträglichen Zuständen und aus seiner politischen Isolation herauszukommen. Wo hin wir gekommen wären, wenn der deutsche Millerand etwa Tripitz geblieben hätte, zeigt eine Betrachtung des führenden britischen Blattes, der „Times“, zu dem Vertrauensvotum für die Regierung Marx, die in diesem Teile zwar vom halbamtlichen Wolffschen Telegrammbüro unterschlagen wird, die aber doch so kennzeichnend ist, daß gerade auch die deutsch-nationale Wählererschaft in Deutschland einen Anspruch darauf hat sie kennen zu lernen. Sie lautet:

„Die Deutschnationalen und ihre Mitleren, die die blindesten und einseitigsten aller deutschen Parteien zu sein scheinen, sollen sich tatsächlich ziemlich fest auf die Ablehnung des Sachverständigengutachtens verpflichtet haben. Die hartnäckigen Anstrengungen, die sie gemacht haben, um für den Admiral von Tirpitz zuerst die Kanzlerschaft und dann das Außenministerium zu sichern, unter der Begründung, daß der Hauptbestimmungsbesitzer des unbeschränkten U-Boot-Krieges besonders England willkommen sein würde, es ist ein Beweis ihres Selbstsinns und ihrer Unfähigkeit, den englischen Charakter zu verstehen. Bis zu den letzten Tagen scheinen sie wirklich daran gedacht zu haben, daß die Annahme oder Weiterführung des Dawesberichtes ohne Bedeutung sei und daß sie der Regierung unter ihren eigenen Bedingungen mit Tirpitz als Führer beitreten könnten. Die Dinge sind ernst und nur ernste Mittel können sie retten. Das entscheidende Merkmal in der Debatte und in den Verhandlungen ist gewesen die offensichtliche Abneigung der gesamten Opposition und der einzelnen Gruppen, den Ernst der Lage zu erkennen und die

Partei- und Personenspieler zu bringen, die sie gebieterisch fordert.“

Nun, die Mehrheit des Reichstages hat sich zu einer Fortsetzung der Befreiungs- und Verständigungspolitik bekannt. Jetzt kommt es darauf an, daß die Erkenntnis von der Notwendigkeit dieser einzig möglichen Politik auch im deutschen Volke immer weiter an Boden gewinnt denn die Entwicklung zum Besseren hängt nicht nur von Frankreich, sondern auch von Deutschland ab. Ob der gegenwärtige Reichstag Träger einer solchen Entwicklung sein kann, ist mindestens zweifelhaft. Wir müssen ganz offen der Möglichkeit ins Auge sehen, daß sich bei der gesetzgeberischen Durchführung des Sachverständigengutachtens Komplikationen allerhöchster Art ereignen, die einen erneuten Appell an das deutsche Volk nötig machen. Das Vertrauensvotum für die Regierung Marx ist keine endgültige außenpolitische Bilanz. Es ist aber zu hoffen, daß bis zu endgültigen Entscheidungen im Reichstag sich weitere Mitbestimmungen für die Regierungspolitik einstellen werden. Die Stimmen in Frankreich und England mehren sich, die mit großer Beschleunigung eine Freilassung der Ruhrgefangenen, eine Verminderung der Besatzungsstruppen und eine Rückgabe der Eisenbahnen verlangen. Der „Deubre“ hat Recht, wenn er sagt: „Frankreich hat jetzt eine Pflicht gegen die Demokratie Deutschlands zu erfüllen“. Ohne sichtbare Wehr der französischen Politik von ihren bisherigen Methoden wird die Stimmung im deutschen Volke einer Politik der Vernunft niemals günstig werden können. Deswegen möge die Reichregierung, die mit der Annahme des Sachverständigengutachtens den Beweis erbracht hat, daß sie eine solche Politik zu treiben entschlossen ist, nunmehr auch ungeklumt die neue französische Regierung durch eine entsprechende diplomatische Aktion vor die sofortige Entscheidung stellen, ob sie diese Auswirkungen der von ihr selbst verworfenen Politik des Poincarismus befestigen und vor allem einmal die Gefangenen freilassen und die Vertriebenen zurückkehren lassen will. Der am 24. Juni zusammentretende Reichstag darf nicht nur Befehlsbefehle vorfinden, die das deutsche Volk mit schweren Opfern belasten, sondern muß die von einer brutalen Gewalttätigkeit getriebenen deutschen Volksgenossen wieder in Freiheit wissen.

Doumergue Präsident von Frankreich.

Paris, 13. Juni. Bei der heutigen Präsidentschaftswahl hat der Senatspräsident Doumergue 515 Stimmen, der Kammerpräsident Painlevé 309 Stimmen erhalten. Gewählt haben im ganzen 800 Wähler. Auf den kommunistischen Kandidaten fielen 21 Stimmen. 15 Stimmen waren unpolitisiert. Gewählt ist demnach Doumergue.

Die Kabinettsbildung.

Unmittelbar nach Beendigung des Wahlaufzuges suchte Präsident Doumergue den Abg. Derriot, ihn nach der Schließung der Nationalversammlung, sobald als möglich aufzusuchen.

Im Zusammenhang mit der umstrittenen Erklärung Derriots, daß er den Auftrag zur Kabinettsbildung nicht aus den Händen eines Präsidenten annehmen werde, der mit Hilfe der Rechten gewählt werde, berichtet „Journal“, in den Wandelschritten der Kammer seien in der Annahme daß Derriot wirklich diese Erklärung abgegeben habe, bereits neue Ministerlisten kombiniert worden, bei denen Briand am meisten genannt worden sei.

„Rebell du Nord“ glaubt zu wissen, daß im Laufe der nächsten Woche Bartheu seine Demission als französischer Delegierter der Reparationskommission nehmen wird. Bartheu solle Nachfolger des Generals Blauthey als Generalsekretär in Marokko werden. Er werde in der Reparationskommission ersetzt werden durch den ehemaligen Minister Doumergue.

Die amerikanische Kreditgewährung. Nunmehr liegt auch die amtliche Bestätigung für die Gewährung eines amerikanischen Kreditkontos in Höhe von 20 Millionen Dollars vor. Wie der „Deutsche Handelsdienst“ zuverlässig berichtet, ist die Gewährung dieses Kredites an keine anderen Bedingungen geknüpft als bei den bisherigen Krediten. Insbesondere sind keine Bestimmungen dahin ergangen, daß etwa der Kredit zu Ankäufen in Amerika verwendet werden muß. Wie weiter von zuständiger Seite mitgeteilt wird, mag die Inanspruchnahme der Kredite der Goldkontobank durch die deutsche Industrie erfreuliche Fortschritte. Es besteht begründete Hoffnung, daß im Falle weiterer größerer Bedarfs auch entsprechende Erhöhung der Auslandskredite, sowohl von England wie von Amerika erwartet werden können.

Militärkontrolle und Sachverständigen Gutachten.

Von Karl Froben.

Wie mit Sicherheit vorausgesehen war, ist es gekommen. Sobald die Kriegsschuldfrage sich einer Lösung zu nähern schien, hat Frankreich erzwungen, daß die Angelegenheit der Entwaffnungskommissionen wieder in ein kritisches Stadium geleitet wurde. Sie soll den Vorwand abgeben, die politischen Forderungen, die Deutschland auf Grund des Gutachtens der Sachverständigen zu stellen berechtigt ist, von vornherein abzulehnen. Daher die ungewöhnliche Schroffheit der Forderungen, die von der Vorkonferenz in ihrer letzten Note über die Militärkontrolle aufgestellt werden. Daß das Schriftstück sich nicht des sonst üblichen groben Tones befleißigt, in dem die gegen uns verbundenen Mächte an Deutschland zu schreiben sich zur Gewohnheit haben werden lassen, ändert nichts an dem ultimativen Charakter der Note.

In Deutschland betrachtet man häufig die Fragen der Kontrollkommissionen als eine in erster Linie militärische Angelegenheit, wohl weil an ihrer Spitze ein französischer General steht und der Gegenstand der Verhandlungen die deutsche Wehrmacht ist. Das wäre aber eine sehr äußerliche Einstellung. Sie würde sich nur dann der Wahrheit nähern, wenn das deutsche Volk für Frankreich zurecht irgend eine Bedeutung hätte, wenn es einen Stein auf dem Schachbrett der großen Politik darstellte. Niemand kann es bestreiten, daß das nicht der Fall ist. Deshalb darf die Frage nur politisch angesehen werden. Die Kommission Rollé ist eine Wächterstellung in der französischen Politik, die erst aufgegeben wird, wenn sie nicht mehr zu halten ist. Sie ist ein Trumpf, den die englische Politik Frankreich gegenüber auspielt, wenn sie Veranlassung hat, vom Quai d'Orsay auf anderem Gebiete Entgegenkommen zu wünschen. Wer zwischen Rhein und Weichsel geboren ist, neigt dazu, die Sache so zu sehen, wie er sie sich wünscht. Daher erblicken manche in dieser neuesten Note ein gewisses Entgegenkommen; sie können der Forderung nicht widerstehen, aus ihren gebundenen Darlegungen die Neigung unserer Vertragspartner festzustellen, von dieser auch für sie unangenehme Nachkriegsregelung mit Anstand loszukommen und sich so einem Interessenausgleich zu nähern. Wir sehen in dieser Auffassung eine gefährliche Selbsttäuschung.

Jundsch wird in der Note die sogenannte Generalinspektion verlangt; d. h. die bisherige Tätigkeit der Kommission, die sie während der letzten vier Jahre ausgeübt hat, wird für null und nichtig erklärt und die ganze Diktatur soll noch einmal von vorn anfangen. Außerdem soll diese Kontrolle der General Rollé, von dessen militärischer, schikanöser Verfahrensweise Deutschland Proben genug erlebt hat. Nur wenn er die Ergebnisse der Generalinspektion für zufriedenstellend erklärt, soll die Kontrolle auf die fünf Punkte beschränkt werden. General Rollé hat in der Hand, die Ergebnisse nach seinem politischen und persönlichen Willen einzuurteilen. Ein sachliches unparteiisches Urteil ist von ihm nicht zu erwarten, auch garnicht zu verlangen. Wie er verfährt, wissen wir. Nehmen wir nur das Behrgehene; er hat es geprüft und den deutschen Reichstag gezwungen, es seinen Forderungen entsprechend zu ändern. Jetzt erklärt er die von ihm gebilligten Bestimmungen des Gesetzes als den militärischen Klauseln des Verkaufes Vertrages widersprechend. Daselbst gilt von der Organisation der Polizei. Die Innenministerien haben diese nach den Angaben der Organe des General Rollé aufgearbeitet. Jetzt wendet er sich gegen sein eigenes Werk. Nicht mit Unrecht steht die deutsche Öffentlichkeit hierin die französische Raube gegen das einwandfreie Benehmen der preussischen Polizei im Ruhrkampf.

Und wenn wirklich einmal General Rollé zufrieden gestellt sein sollte, so bleiben immer noch die fünf Punkte. Die Uebersetzung „Punkte“ ist durchaus treffend. Denn jeder von ihnen enthält wieder eine Fülle von Einzelfragen, darunter Forderungen, die tatsächlich unausführbar sind, wie die Angabe der Zahlen der bei Beendigung der Feindfeindschaft vorhandenen gewesenen Waffen. Der sitzende Präsidenten der Mitglieder der französischen Kontrollkommissionen bleibt also ein weiteres Feld und die schönen Worte der Note des Präsidenten der Vorkonferenz Poincaré, daß die Militärkontrolle nicht weniger sehrlich als Deutschland die Beendigung der Kontrolltätigkeit wünschen, sind Whrasen, die den Friedensfreunden in Frankreich und England den Anhauf der Note genießbar machen, die Deutschen auf den Heim Loden sollen.

Wie sich die deutsche Regierung zu der Note zu verhalten haben wird, steht hier nicht zur Erörterung; die Frage kann nur im Rahmen der großen Politik beantwortet werden. Nimmt Deutschland endgültig die Bedingungen an, die ihm zur Begleichung der Kriegskosten im Sachverständigen Gutachten vorgelegt sind, so wird es sich der darin liegenden möglichen Vorteile nicht begeben, indem es die Note der Vorkonferenz für un diskutabel erklärt. Die Annahme der Forderungen der Vorkonferenz würde Deutschland keinen Schritt weiterbringen. Die Worte der Note sind nur Rebel; können in keiner Weise an, das Frankreich Deutschlands Rechte aus dem Verkaufes Vertrage anzugreifen sich herbeiläßt.

Frankreich wird aus seinen Stellungen nicht wichen, so lange Deutschland in der Frage der Militärkontrolle nicht eintrifft.